



## Niederschrift

5. Plenarsitzung des Gemeinderates  
17. Dezember 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## Punkt 33 der Tagesordnung: Beratung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, SPD, KAL, Die Linke, Volt

Vorlage: 2024/1198

### Beschluss:

1. Der Gemeinderat verpflichtet sich, in der aktuellen Periode (2024-2029) die aus dem kommunalen Haushalt fließenden Mittel an die Träger\*innen im Bereich Schutz, Beratung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt mindestens auf dem aktuellen Niveau zu halten und keine Kürzungen in diesem Bereich im Rahmen der Haushaltsberatungen vorzunehmen.
2. Die Stadtverwaltung arbeitet weiter an der vollständigen Umsetzung der Istanbul Konvention auf kommunaler Ebene. Dabei wird laufend evaluiert, inwieweit und durch welche Maßnahmen und Einrichtungen Gewaltschutz und Unterstützung bedarfsdeckend, wohnortnah, allgemein zugänglich und angemessen garantiert ist und wo, in Absprache mit den Träger\*innen, Handlungsbedarfe bestehen.

### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (35 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)

**Der Vorsitzende** setzt die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 33 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 3. Dezember 2024.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Dann werde ich einmal meine Worte noch einmal überdenken, nein, Scherz. Jede vierte Frau ist von Gewalt durch ihren Mann bzw. Partner oder Ex-Mann bzw. Ex-Partner betroffen. Häufig sind Kinder involviert. Und eine von drei Frauen macht im Laufe ihres Lebens eine sexualisierte oder körperliche Gewalterfahrung. Deswegen ist es wichtig, dass wir gut aufgestellt sind bei den Beratungsangeboten und dass wir hier in Karlsruhe mit zwei Frauenhäusern und zahlreichen Treffpunkten auch Schutzräume bieten. Und es ist wichtig, dass wir vielseitige Präventionsprogramme auf den Weg bringen.

Das Ganze labeln wir immer unter Umsetzung der Istanbul-Konvention. Das ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, das wir hier in Karlsruhe wirklich vorbildlich umsetzen und wo wir beispielsweise mit unserer städtischen Koordinierungsstelle auch wirklich Vorreiterin sind. Und doch zeigen die Bestandsanalysen, dass wir Lücken haben, dass wir hier für manche Gewaltformen keine Fachberatung haben oder dass beispielsweise für eine verfahrensunabhängige Beweissicherung die nächste Gewaltambulanz in Heidelberg ist. Aber heute geht es nicht um ein Mehr, sondern heute geht es um das Erhalten dieser bestehenden Strukturen: Danke an dieser Stelle an das Team der städtischen Gleichstellungsbeauftragten und vielen Dank auch den zahlreichen Akteur\*innen und Vereinen, die täglich für das Recht auf ein freies und selbstbestimmtes Leben von allen Menschen hier in Karlsruhe kämpfen. Am 10. Dezember sind die Orange Days zu Ende gegangen. Auch da ist die Stadtverwaltung dabei und macht auf geschlechtsspezifische Gewalt aufmerksam. Vielleicht haben Sie, liebe Anwesende, eine Fahne in der Stadt gesehen oder auch ein Plakat oder waren bei einer der zahlreichen Veranstaltungen. Durch solche Kampagnen wissen immer mehr Frauen, dass sie im Fall der Betroffenheit nicht alleine sind. Und glücklicherweise wenden sich so auch immer mehr Frauen an die Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Mit dem vorliegenden interfraktionellen Antrag gehen wir, liebe Kolleg\*innen, die Selbstverpflichtung ein, bei den kommenden zwei Doppelhaushalten, also in der aktuellen Ratsperiode, die ja nun doch schon fünf Monate am Start ist, zumindest in diesem Bereich sicherlich nicht zu kürzen. Und ich freue mich, wenn wir hier heute wieder einmal gemeinsam klarstellen, Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen Mädchen hat hier in Karlsruhe keinen Platz.

**Stadträtin Lorenz (FW):** Wir Freien verurteilen auch jegliche Art von Gewalt. Liebe Kollegin Fahringer, mir ist gerade aufgefallen, immer wenn wir zu diesem Thema sprechen, beginnen Ihre Redebeiträge mit „jede vierte Frau“. Ich habe den Satz gerade dem Kollege Kalmbach schon vorgesagt, war überrascht, dass Sie ihn wieder bringen, aber Sie haben recht, es ist ein absolut wichtiges Thema, und vor allem ganz besonders schlimm ist Gewalt, wenn ich jemandem körperlich überlegen bin. Allerdings sehen wir den Antrag als erledigt an, weil es gibt überhaupt keine Veranlassung, weder von seitens der Verwaltung hier zu kürzen noch vonseiten des Gemeinderates. Und daher ist es eigentlich jetzt nur noch einmal so ein Bekenntnis zu dem, was wir schon beschlossen haben, dass wir das beibehalten. Und daher würden wir uns, falls es zu einer Abstimmung kommt, enthalten.

**Stadträtin Kaufmann (Die Linke):** Ich übernehme hiermit den Beitrag von meiner Fraktionsvorsitzenden Franziska Buresch, die heute ja leider krank ist. Genau, für uns ist eben Gewalt gegen Frauen auch Gewalt gegen FLINTA-Personen, denn patriarchale Gewalt trifft nicht nur heterosexuelle Cis-Frauen, sondern auch queere Menschen und ist in unserer Gesellschaft leider weit verbreitet. Schon von klein auf wird Mädchen erzählt, dass Gewalt gegen sie nur ein Zeichen der Zuneigung ist. Sprüche wie, was sich liebt, das neckt sich, ver-harmlosen Gewalt, wodurch gewalttätiges Verhalten verinnerlicht wird und eben diese Gewalt in Partnerschaften eher normalisiert wird. Besonders an dem Ort, wo wir uns eigentlich am sichersten fühlen sollten, dem eigenen Zuhause, sind wir am stärksten von Gewalt gefährdet. Gewalt ist Alltag, Gewalt ist strukturell, Gewalt ist systemisch bedingt. Körperliche Gewalt und im schlimmsten Fall der Femizid sind dabei die Spitze des Eisberges und das, was am Ehesten noch als sichtbar wahrgenommen wird.

Um diese Gewalt zu bekämpfen, braucht es einerseits genau das, was wir im Antrag fordern, Mittel an Träger\*innen, gerade im Bereich Schutz und Beratung, aber auch in der Prävention von Gewalt gegen FLINTA. Dabei muss der Schutzraum der Frauenhäuser auch als solcher auf allen Ebenen ernst genommen werden. Vor einem Monat wurde in Hamburg eine Mutter von zwei Kindern, die vor ihrem gewalttätigen Ex-Partner Schutz gesucht hat, abgeschoben von einem Frauenhaus. Dieses Vorgehen, also nicht vom Frauenhaus, sondern aus diesem Frauenhaus abgeschoben werden, dieses Vorgehen ist ein verheerendes Signal, ein historischer Tabubruch. Diese Abschiebep Praxis stellt eine Bedrohung für die Arbeit der Frauenhäuser dar, die als anonyme Schutzorte für Gewaltbetroffene gedacht sind. Das zeigt, dass es mehr braucht als das, was wir fordern, liebe Kolleg\*innen, und ich glaube, darüber sind wir uns auch alle im Klaren. Es braucht mehr Mittel im Bereich Prävention und Beratung, mehr Frauenhausplätze, und es braucht mehr, um die strukturellen Probleme, die dem ganzen System zugrunde liegen, anzugehen. Dazu gehören zum Beispiel auch kostenfreie Kitaplätze im Kampf gegen Armut und gegen den Gender Care Gap. Dazu gehört aber auch der sichere Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für uns. In Karlsruhe bieten wenige Kliniken und Praxen Abbrüche an. Es ist keine Rettung, jemanden zu zwingen, eine Schwangerschaft gegen den eigenen Willen auszutragen. Das ist auch Gewalt. § 218 ist ein Relikt aus einer Zeit, in der man dachte, die Kontrolle über Körper und Leben anderer Menschen stünde dem Staat zu. Diese Zeit ist vorbei, und es ist unsere Aufgabe, in Karlsruhe einen sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten. Also lasst uns diesen Antrag und dieses Ziel vor allem als Mindestmaß nehmen, über das wir hinausarbeiten wollen.

**Stadträtin Döring (KAL):** Dieser Antrag ist eine politische Absichtserklärung, und es ist den antragstellenden Fraktionen auch sehr ernst mit dieser Absichtserklärung. Aktuell ist es eine knappe Million, die von der Stadt Karlsruhe für das Hilfesystem Gewalt gegen Frauen ausgegeben wird. Es gibt Geld, das deutlich schlechter angelegt ist als dieses, denn Gewalt gegen Frauen und Mädchen, häusliche Gewalt betreffen immer noch viel zu viele Menschen. Und der Schutz dieser Menschen ist eine Aufgabe, der sich die Stadt Karlsruhe, der sich dieser Gemeinderat stellt mit großer Einigkeit und mit dem Willen, die Hilfsangebote für die Betroffenen keinem finanziellen Druck auszusetzen. Der nächste Haushalt dieser Stadt wird sich auch daran messen müssen, wie wir mit Benachteiligten und Schutzbedürftigen in unserer Gesellschaft umgehen. Und ja, dieser Antrag ist eine politische Absichtserklärung, eine absolut richtige und wichtige. Und deshalb vielen Dank an alle Kolleg\*innen, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen jetzt in die Abstimmung, und ich bitte sie um ihr Votum ab jetzt. – Eine mehrheitliche Zustimmung ist klar, ist ja ersichtlich.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin: